



Europäische Reform Partei (ERP)

Parti Réformiste Européen (PRE) · Partito Riformista Europeo (PRE)

Postfach · CH-8600 Dübendorf · Tel. +41 (0)44 361 53 40 · rps-ch@bluewin.ch · www.rps-ch.ch

Wir - die echten Europäer.

Pressedienst

Volksabstimmung vom 27.09.2020 1 x Ja, 4 x Nein

B.S. Die ERP äussert sich zu den fünf eidgenössischen Volksabstimmungen vom 27. September 2020 wie folgt:

Nein zur „Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)“

Die ERP ist seit Jahren für einen EU-Beitritt der Schweiz und deshalb dezidiert gegen diese Initiative, da sie das Ende der Personenfreizügigkeit bedeutet. Ausserdem gefährdet die Kündigungsinitiative den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz. Wir würden von der Teilnahme der wissenschaftlichen Institutionen an europäischen Forschungsprogrammen ausgeschlossen. Der EU-Binnenmarkt ist die stärkste Waffe gegen Corona. Die aktuelle Pandemie zeigt unsere Verletzlichkeit, aber auch das Ausmass der Vernetzung und der gegenseitigen Abhängigkeit in Europa. Eine Krise, die keine Grenzen kennt, kann man nicht mit nationalen Alleingängen lösen. Das gilt für die Mitgliedsstaaten der Europäische Union wie für die Schweiz und deren benachbarten und mit uns eng verbundenen europäischen Partnern.

Nein über das missratene Jagdgesetz

Künftig kann man unliebsame, bedrohte Tiere töten, noch bevor sie Schaden angerichtet haben. Allein ihre Existenz reicht aus, um sie dezimieren zu dürfen. Die Gesetzesrevision zum eidgenössischen Jagd- und Schutzgesetz schießt weit über das ursprüngliche Ziel des pragmatischen Umgangs mit dem Wolf hinaus. Das Parlament hätte mit der Revision des Jagd- und Schutzgesetzes bedrohte Tierarten besser schützen müssen. Stattdessen wird der Artenschutz ausgehöhlt. Deshalb „**Nein**“ zum neuen Jagdgesetz!

Nein zur „Direkten Bundessteuer“ (Kinderabzüge)

Es profitieren vom Kinderabzug vorwiegend Familien mit hohem Einkommen. Das sind nur ca. 6% aller Haushalte. Der Mittelstand muss das berappen. Der Steuerausfall kostet die Allgemeinheit 370 Millionen im Jahr. Geld, das beispielsweise bei Prämienverbilligungen dringend benötigt wird. Familien mit tiefem Einkommen werden übergangen, also jene, die dringend auf Entlastung angewiesen sind, haben nichts von dieser Gesetzesanpassung.

JA zum Erwerbsersatzgesetz (Vaterschaftsurlaub)

Was schon längst in praktisch allen Ländern Europas eingeführt worden ist, kommt nun endlich zur Abstimmung, nämlich die Einführung eines zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Die Entschädigung beträgt 80 Prozent des durchschnittlichen Erwerbseinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens aber 196 Franken pro Tag. Die ERP steht für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie.

Nein zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Angesichts des Alleingangs der Schweiz mitten in Europa (weder Mitglied der Nato noch der EU) ist die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für Milliarden von Franken eine klare Sache, dass man gegen die Beschaffung von Kampfflugzeugen sein muss. Man muss sich einmal vorstellen, ein auf sich gestelltes kleines Land wie die Schweiz im militärischen Alleingang ausrichten kann. Die Milliarden Franken Steuergelder könnte man besser für Bildung und Forschung verwenden.

Dübendorf, 21.09.2020